

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Weilimdorf

Datum	21.07.2025
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:45 Uhr
Ort	Lindenbachhalle, Solitudestraße 243, 70499 Stuttgart

Vorsitz	Oberbürgermeister Dr. Nopper
Protokollführung	Vanessa Theiß

I. Begrüßung durch den Bezirksvorsteher

Herr Bezirksvorsteher Julian Schahl begrüßte die Weilimdorferinnen und Weilimdorfer herzlich zur Einwohnerversammlung und zeigte sich erfreut über die große Teilnahme. Er richtete einen besonderen Willkommensgruß an den Oberbürgermeister Dr. Nopper, der im Anschluss auf aktuelle Entwicklungen in Weilimdorf eingehen würde.

Zudem begrüßte er die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vertreter des Landes sowie den Stuttgarter Landtagsabgeordneten und Stadtrat Herrn Friedrich Haag, des Gemeinderats Herrn Wenk, Frau Munk, Herrn Conzelmann und Herrn Schrade, die Stadtverwaltung insbesondere den Geschäftsführer der Abfallwirtschaft Stuttgart, Herrn Markus Töpfer und von der SSB den Leiter des Stabbereichs Planung, Herrn Dr. Volker Christiani, die anwesenden Bezirksbeiräte, den Jugendrat sowie Vertreter der Presse und verschiedener Organisationen des Stadtbezirks. Er würdigte das Engagement der Vereine, Initiativen und Bürger für den Bezirk und dankte dem Organisationsteam für die Vorbereitung.

Herr Schahl betonte die Bedeutung der Veranstaltung als Bürgerbeteiligung, gab organisatorische Hinweise für Fragen und kündigte an, dass die Veranstaltung gegen 21 Uhr enden sollte. Zum Schluss äußerte er seine Freude über die Arbeit im Bezirk und übergab das Wort an den Oberbürgermeister.

II. Rede von Oberbürgermeister Dr. Nopper

Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper begrüßte die Anwesenden, darunter Stadträte, Bürgermeister, Bezirksvorsteher, Bezirksbeiräte, Jugendräte sowie Weilimdorferinnen und Weilimdorfer. Er betonte, dass Weilimdorf in vielerlei Hinsicht etwas Besonderes sei: Es liegt im hohen Nordwesten Stuttgarts, hat eine lange Geschichte, die

bis in die Steinzeit zurückreicht, und wurde im Jahr 1955 offiziell als Weilimdorf benannt. Der Bezirk sei schon immer begehrt gewesen und habe sich von einem Bauern- und Weingärtnerdorf zu einem modernen Wirtschaftsstandort mit dem zweitgrößten Gewerbegebiet in Stuttgart entwickelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper hob den starken Zusammenhalt, das ehrenamtliche Engagement und den Willen, gemeinsam etwas zu bewegen, hervor. Er ging auf wichtige Projekte der letzten Jahre ein, wie die Eröffnung des Stadtteilzentrums Pfaffenäcker, die Sanierung des Alten Rathauses, die Umgestaltung des Löwen-Markts und den Kreisverkehr beim Bergheimer Hof. Besonders lobte er die Erneuerung in Giebel, die durch das Engagement der Bevölkerung zu einem Erfolg wurde.

Auch bei den Schulen habe Weilimdorf große Fortschritte gemacht, etwa mit dem Neubau an der Maria-Montessori-Schule in Hausen, die nach viereinhalb Jahren Bauzeit eröffnet wurde. Weitere Schulprojekte, wie die Modernisierung des Solitude-Gymnasiums, seien in Planung. Mit 6,4 Mio. Euro wurde der Stadtteil im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ Schritt für Schritt umfassend erneuert. Ein besonderes Highlight sei der neu gestaltete Ernst-Reuter-Platz, der seither als beliebter Treffpunkt im Stadtteil gelte. Zudem wurde ein Gemeinschaftsprojekt für geflüchtete Kinder und Jugendliche vorgestellt.

Die geplante Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Geflüchtete in Weilimdorf habe für Unruhe gesorgt – sagte Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper. Er erklärte, dass die Stadt keinen Einfluss auf die Standortentscheidung des Landes habe und dass die Stadt im Austausch mit dem Ministerium sei. Er betonte, dass er eine verträgliche Lösung anstrebe, bei der die LEA vorübergehend sei und zeitlich begrenzt werde. Mittelfristig werde man bei einer Ansiedlung der LEA andere Unterbringungsplätze im Stadtbezirk auflösen und die Mehrbelastung bei einer Verteilung berücksichtigen.

Weiter berichtete er über wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Verlängerung der Stadtbahn U13, den Bau eines neuen Stadtbahnbetriebshofs und die geplante Neugestaltung der Pforzheimer Straße, wobei noch Geduld erforderlich sei. Die reservierten 1,4 Mio. Euro im aktuellen Haushalt werden für die Umsetzung der Pläne für die Pforzheimer Straße allerdings nicht ausreichen. Er teilt mit, dass voraussichtlich vor 2030 nicht mit dem Bau begonnen werde. Das Walz-Areal, das seit Jahren diskutiert werde, soll künftig für Sport, Freizeit und Freiraum genutzt werden, mit Plänen für eine neue Sporthalle, Trainingsmöglichkeiten für Vereine und ein Bürgerhaus.

Abschließend sprach er noch die Windkraft an: Die Fläche am Sandkopf werde nicht in die Windkraft-Planung aufgenommen, um Natur- und Naherholungsgebiete zu schützen. Das Windrad auf dem „Weilemer Hausberg“ soll 2027 mit einer Höhe von 150 Metern fertiggestellt werden, wobei Natur- und Tierschutz berücksichtigt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper betonte, dass Weilimdorf ein vielseitiger Bezirk mit einer bewegten Vergangenheit sei, der eine große Zukunft habe. Trotz der angespannten finanziellen Lage der Stadt sei es wichtig, gemeinsam zu überlegen, was für Weilimdorf am wichtigsten ist und wie man die Projekte mit Engagement voranbringen kann. Er dankte für das Interesse und die Mitwirkung und freute sich auf Fragen und Anregungen.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: LEA – Sicherheit von Frauen</u></p> <p>Die Einwohnerin merkt an, dass wenige Informationen über die LEA bekannt seien. Als Frau habe sie Angst mit der S-Bahn zu fahren. Sie fragt, ob eine Polizeistation vor Ort geplant sei.</p> <p><u>Thema: LEA – Sicherheit in Stuttgart-Hausen</u></p> <p>Die Einwohnerin teilt mit, dass in Karlsruhe in der Nähe der LEA, die Wohnungseinbrüche zugenommen hätten. Sie möchte wissen, was die Stadt unternehme, um dies zu verhindern.</p>	<p>Der Vertreter des Landes wies darauf hin, dass eine Bürgerbeteiligung zur Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) stattfinden werde. Grundsätzlich habe das Land Interesse an der Liegenschaft in Weilimdorf. Er erklärte, dass im Verlauf des Prüfprozesses auch mehr Informationen zur Verfügung gestellt würden und dass die LEA eine Verfahrensfunktion habe. Er betonte, dass auch Polizei, Sicherheitsdienste und Streetworker vor Ort sein würden. Zudem kündigte er an, dass es Sicherheitskonzepte gebe, die lageorientiert seien. Er gab an, dass bisher nicht viel Erfahrung mit Störungen vorliege und auch nicht viele Störungen in öffentlichen Nahverkehr stattfänden. Dennoch werde man im öffentlichen Nahverkehr die Lage im Blick behalten und die Abstimmung dazu mit der Stadt, der Bürgerschaft, den Bezirksbeiräten und der Polizei vornehmen.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Maier ergänzte, dass vor der Einrichtung der LEA das Gespräch mit dem Land bezüglich des Sicherheitskonzepts gesucht werden sollte. Er betonte, dass dieses Konzept auch den</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		öffentlichen Raum umfassen müsse, inklusive der Bereiche bis zur S-Bahn, und dass Sicherheitsdienste sowie die Polizei dort eine große Rolle spielen sollten. Alle Beteiligten legten großen Wert auf eine sichere und gut abgestimmte Umsetzung.		
2	<p><u>Thema: Unfallschwerpunkt Bergheimer Steige</u></p> <p>Der Einwohner teilt mit, dass auf der Bergheimer Steige oft zu breite Fahrzeuge fahren und viele sich nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Er schlägt vor eine automatische Geschwindigkeits- und Breitenmessung zu installieren.</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Maier wies darauf hin, dass der Unfallschwerpunkt derzeit nicht bekannt sei. Er erklärte, dass in der Statistik der Polizei kein besonderer Brennpunkt verzeichnet sei und dass die Straße objektiv betrachtet nicht besonders gefährlich erscheine. Er führte aus, dass die Straße schmal sei und die Kurven baulich kaum verändert werden können. Die Straße werde regelmäßig verkehrrechtlich überwacht. Bezüglich der technischen Überwachung erwähnte er, dass eine automatische Breitenerkennung bisher nicht einsatzfähig sei und sich das Problem technisch nicht überwachen lasse. Er betonte jedoch, dass die Sicherheit ein wichtiges Anliegen sei und die Situation laufend beobachtet werde.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
3	<p><u>Thema: Sanierung der historischen Häuser, Bürgerhaushalt und Bau des Bürgerhauses</u></p> <p>Die Einwohnerin bedankt sich für die Sanierung der historischen Gebäude im Ortskern von Weilimdorf. Ein Bürgerhaus sei dringend notwendig, da der aktuell größte Raum nur Platz für 60 Personen habe. Für Vereine sei die Raumsituation schwierig für Veranstaltungen. Konzerte und Theateraufführungen seien nicht möglich. Es bestehe ein Raumbedürfnis für Veranstaltungen, Hochzeiten und für private Feiern. Die Fristen für den Bürgerhaushalt seien zu kurz, um sich zu beteiligen.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte, dass der Wunsch nach einem Bürgerhaus deutlich vorhanden und der Verwaltung bewusst sei.</p> <p>Herr Erster Bürgermeister Dr. Mayer erklärte, dass der Bedarf an Gemeinbedarfsflächen bekannt sei. Man sei froh, dass die historischen Häuser saniert werden konnten. Er informierte, dass eine Machbarkeitsstudie für ein Bürgerhaus derzeit laufe und noch in diesem Jahr vorliegen werde, was die Grundlage für weitere Diskussionen bilden solle.</p> <p>Herr Bürgermeister Fuhrmann betonte, dass sich der Bürgerhaushalt bewährt habe, obwohl er mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden sei. Er erwähnte, dass die 150 besten Projekte für den Gemeinderat aufbereitet werden würden. Er bot an, dass diese Punkte in einem persönlichen Gespräch besprochen werden.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
4	<p><u>Thema: Glasfaserausbau</u></p> <p>Die Einwohnerin fragt, weshalb die Gigabit-Region Stuttgart im Ausbau des Glasfasernetzes in Stuttgart so langsam sei. Der schnelle Ausbau sei wichtig und biete wirtschaftliche Vorteile. Im Vergleich zu angrenzenden Landkreisen, beispielsweise dem Landkreis Ludwigsburg, hinkt Stuttgart hinterher.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper berichtete, dass die 5G-Litfaßsäule eingeweiht worden sei und die Stadt in diesem Bereich deutlich Vorsprung habe. Er erklärte, dass insgesamt 100 Säulen mit entsprechender Technik ausgestattet werden sollen. Die Stadt sei in anderen Bereichen noch im Hintertreffen.</p> <p>Herr Erster Bürgermeister Dr. Mayer informierte, dass der Ausbau der 5G-Infrastruktur hauptsächlich den privatwirtschaftlichen Unternehmen, also der Telekom oder Vodafone, obliege. Das Ziel sei, bis 2030 90 Prozent der Fläche mit 5G versorgt zu haben, wobei der Ausbau Mitte dieses Jahres starten werde.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Schahl ergänzte, dass die Pläne im Bezirksbeirat vorgestellt worden seien und der Ausbau zeitnah beginne.</p>	X	
5	<p><u>Thema: Wohnungen im Mittlerer Pfad</u></p> <p>Die Einwohnerin regt an, dass die Bürohäuser im Gewerbegebiet leerlaufen würden. Büroarbeitsplätze</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass es sich laut Bebauungsplan um ein Gewerbegebiet handele, in dem normales Wohnen aufgrund der Grenzwerte für Lärm nicht möglich sei. Ohne eine Änderung des</p>		<p>X</p> <p>Weiterverfolgung der Thematik um den Leerstand von</p>

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	<p>werden weniger benötigt und die Räumlichkeiten gekündigt. Laut Flächennutzungsplan handle es sich hier um ein Mischgebiet, in dem Wohnraum geschaffen werden könnte. In anderen Städten gebe es ähnliche Projekte. Es fehle an Wohnraum in Stuttgart und hier bestehe die Möglichkeit dem Bedarf voraus zu sein.</p>	<p>Bebauungsplans sei kein Wohnraum möglich. Er wies darauf hin, dass in anderen Städten Bürogebäude für Wohnzwecke umgebaut wurden, das Wohnen sei dort aber baurechtlich zulässig gewesen. Die Umwandlung in Wohnraum werde gefördert, sofern Baurecht bestehe. Zudem sollten die Gewerbeflächen revitalisiert werden. Oberbürgermeister Dr. Nopper betonte, dass neue Anwohner das Gewerbe nicht einschränken dürften. Er habe im Vorfeld mit den BDS-Gewerbeverein gesprochen, sei über den Handwerkerhof informiert worden und erklärte, dass im Mittleren Pfad derzeit anscheinend keine Flächen frei seien.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Schahl ergänzte, dass einige Gebäude zwar Leerstand hätten, aber nicht vollständig.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper fügte hinzu, dass man die Sache auch im Hinblick auf andere Nutzungen, wie den Handwerkerhof, weiter verfolgen werde. Es bestehe ein großer Wohnungsmangel, aber Wohnung könnten nur an geeigneten Standorten entstehen.</p>		<p>Gebäuden und einen möglichen Handwerkerhof</p>

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
6	<p><u>Thema: LEA – Sicherheit in Stuttgart-Hausen</u></p> <p>Die Einwohnerin teilt mit, dass in Karlsruhe in der Nähe der LEA, die Wohnungseinbrüche zugenommen hätten. Sie möchte wissen, was die Stadt unternehme, um dies zu verhindern. Erst neulich gab es auf einem Spielplatz in Hausen einen bedauerlichen Zwischenfall, bei dem ein Mann niedergeschlagen und ausgeraubt worden sei.</p>	<p>Der Vertreter des Landes erklärte, dass die steigenden Zahlen der Wohnungseinbrüche nicht bekannt seien. Er wies darauf hin, dass auch diese Personen Straftaten begehen, allerdings nicht überdurchschnittlich oft. Er könne sich jedoch noch einmal erkundigen. Es sei wichtig, situationsorientiert zu handeln und auch mit den Befürchtungen und Sorgen der Bürger umzugehen. Eine mögliche Maßnahme sei mehr Beleuchtung, die im Rahmen der Bürgerbeteiligungsverfahren besprochen werde.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Maier ergänzte, dass im Vorfeld ein Sicherheitskonzept erstellt werde und man laufend einen Blick darauf haben werde, um auch nachträglich reagieren zu können.</p>	X	
7	<p><u>Thema: Einstellung der Flüchtlingsunterkunft in der Steinröhre</u></p> <p>Der Einwohner fragt, wann der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft in der Steinröhre eingestellt werde.</p>	<p>Herr Bürgermeister Fuhrmann berichtete, dass vor zwei Jahren eine extreme Notsituation bestanden habe. Die Standorte aus den Jahren 2015 und 2016 seien in der Regel für fünf Jahre genehmigt worden, mit anschließender Verlängerung um weitere fünf Jahre.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	<p>Ursprünglich war eine Begrenzung von 5 Jahren festgelegt. Der Erstbezug war bereits im Jahr 2016.</p>	<p>Systembauten hätten nicht abgebaut werden können, da sonst die Belegung der Hallen notwendig gewesen wäre. Die Verlängerungen seien beantragt und vom Regierungspräsidium genehmigt worden. Mit Blick auf zukünftige Zahlen werde geprüft, ob die Standorte beibehalten werden. Die Unterkunft in der Holderäckerstraße sei eine der größten Einrichtungen, werde aber nicht weiterverfolgt, wenn die LEA komme.</p> <p>Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann erklärte, dass die Verteilung der Unterkünfte im Rahmen des Stuttgarter Wegs weiterverfolgt werde und eine gleichmäßige Verteilung angestrebt werde. Aufgrund der engen Besiedlung in einigen Stadtbezirken sei eine Unterbringung dort nicht möglich, da Flächenmangel bestehe. Schnelles Handeln sei notwendig gewesen, da viele der Notunterkünfte Hotels seien, die abgebaut werden sollen. Mit Regelunterkünften solle eine bessere Verteilung erreicht werden. Derzeit seien 38 Geflüchtete auf 1000 Einwohner verteilt, was die fünftgrößte Menge an Geflüchteten in der Stadt sei. Es seien sofort verfügbare Flächen genutzt worden, um eine Hallenunterbringung zu verhindern und die Verpflichtung zur</p>		

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>Unterbringung zu erfüllen. Man arbeite daran, langfristig und mittelfristig eine gerechtere Verteilung zu erreichen. Wenn die LEA komme, solle die Reduzierung nicht nur auf die Holderäckerstraße beschränkt werden, sondern auch Auswirkungen auf Neuzuweisungen habe. Die Steinröhre sei bis zum 31.07.2027 verlängert worden.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper ergänzte, dass es eine ungleiche Verteilung zwischen Außen- und Innenbezirken gebe. Wenn sich Möglichkeiten ergäben, würden die Innenbezirke nachbesetzt.</p>		
8	<p><u>Thema: LEA – Belegung von Immobilien im Landesbesitz</u></p> <p>Der Einwohner regt an, dass es Immobilien in Feuerbach gebe, die sich bereits im Besitz des Landes befinden. Als Beispiel nannte er hierfür das Gebäude in der Wernerstraße in Feuerbach. Diese sollten vorrangig genutzt werden, bevor neue Immobilien erworben werden müssten.</p>	<p>Die Vertreterin des Landes antwortete, dass die Wernerstraße dem Land nicht zur Prüfung vorgelegt wurde. Man prüfe derzeit alle Liegenschaften, die dem Land angeboten werden ergebnisoffen auf ihre Eignung. Die Wernerstraße werde gerade durch das Finanzministerium geprüft. Es sei möglich, dass mit diesem Standort andere Nutzungen verbunden werden.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
9	<u>Thema: LEA – Gewinnauffälle durch dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen</u> Der Einwohner regt an, dass durch die dauerhafte Ansiedlung von Flüchtlingen im zweitgrößten Industriegebiet der Stadt Stuttgart eine Abwanderung von ansässigen Betrieben stattfinden könne.	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper antwortete, dass er eine Ansiedlung der LEA nicht befürworte, dies aber in der Entscheidung des Landes liege.	X	
10	<u>Thema: LEA – Überdurchschnittlich hohe Belastung von Weilimdorf Belegung</u> Der Einwohner fragt, weshalb in Weilimdorf überdurchschnittlich viele Flüchtlinge untergebracht werden.	Siehe Nr. 7	X	
11	<u>Thema: Sauberkeit und Verkehr</u> Der Einwohner teilt mit, dass durch das Wegwerfen von Zigaretten und das Wegwerfen von Müll viel Verschmutzung entstehe.	Herr Bürgermeister Thürnau berichtete, dass Sauberkeit in ganz Stuttgart ein Problem sei. Die Leistungskapazitäten bei AWS seien erhöht worden, doch das Verhalten der Menschen habe sich weiter verschlechtert.	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	<p>Zudem würden einige Radfahrer den Gehweg nutzen. Zebrastreifen werden immer gefährlicher und das halbseitige Parken auf einem Gehweg stelle auch eine Gefahr dar.</p>	<p>Es werde mit dem neuen Doppelhaushalt 2026/2027 und einem 5-Punkte-Programm reagiert. Besonders wichtig sei die Strafe bei Zigarettenkippen, wobei der Bußgeldkatalog auf 150 € erhöht worden sei. Allerdings seien bei Vollzug nicht immer ausreichend Personen vor Ort, um Verstöße zu ahnden. Es werde vorgeschlagen, Teams einzusetzen um Meldungen über gelbe Säcke und Sperrmüll aktiv nachzugehen, um zu sehen, wer die Verursacher seien.</p> <p>Herr Töpfer, der Leiter des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Stuttgart, erklärte, dass man oft nur hinterherräumen könne, weil die Mengen an Müll größer würden. Das löse aber nicht das Grundproblem, da sich das Verhalten der Menschen nicht ändere. Er betonte, dass die AWS das Problem alleine nicht lösen könne und bürgerschaftliches Engagement notwendig sei, um auch auf die Leute zuzugehen und Prävention zu betreiben.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper hob hervor, dass Sauberkeit ein sehr wichtiges Anliegen sei.</p>		

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		Herr Bürgermeister Dr. Maier wies darauf hin, dass das auch für Verkehrsregeln gelte. Es sei wichtig, dass sich die Menschen an die Regeln hielten. Man könne nicht überall jederzeit kontrollieren, aber Schwerpunktstellen könnten gerne mitgeteilt werden und man gehe dann vor Ort. Flächendeckend sei das jedoch personell nicht möglich.		
12	<u>Thema: Durchgang Wolfbuschschule</u> Der Einwohner fragt, ob am Durchgang von der Wolfbuschschule etwas gemacht werde. Der Durchgang solle für die Öffentlichkeit wieder geöffnet werden.	Herr Bezirksvorsteher Schahl antwortet, dass zu diesem Thema bisher noch keine Lösung gefunden werden konnte. Man sei mit der Rektorin im Gespräch und es handle sich um eine Frage der Sicherheit.		X BV nimmt es mit
13	<u>Thema: Walz Areal</u> Die Einwohnerin teilt mit, dass sich das Gelände sehr gut für ein Bürgerhaus sowie für eine Turnhalle und Wettkampfstätte für die Ringer eigne. Aktuell finden	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper erklärte, dass noch keine verbindliche Zusage möglich sei. Herr Bürgermeister Pätzold berichtete, dass eine Machbarkeitsstudie mit	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	<p>das Training und die Wettkämpfe in der Lindenbachhalle statt aber die Kapazitäten seien nicht ausreichend.</p> <p>Die Wettkampfstätte sollte mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut zu erreichen sein. Sie fragt, wann die Umsetzung beginnen könne.</p>	<p>unterschiedlichen Nutzungen in Bearbeitung sei und voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen werde. Der Umfang der erforderlichen Baumaßnahmen werde dann feststehen. Danach solle ein Wettbewerb gestartet werden, um die Planung weiter voranzutreiben, und der Bebauungsplan werde entsprechend angepasst. Dabei müsse alles auch mit den Kosten hinterlegt werden.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper betonte, dass zwar ein Bedarf für und in Weilimdorf bestehe, man diesen aber auch bezahlen können müsse. Hier sei der Bedarf etwas stärker ausgeprägt als in anderen Stadtteilen.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Maier wies darauf hin, dass der Bedarf an Sportflächen vorhanden sei und erst gedeckt werden könne, wenn die Planungen abgeschlossen seien und die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt würden.</p>		
				X

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
14	<p><u>Thema: Kommunale Wärmeplanung</u></p> <p>Die Einwohnerin regte an, dass im Wolfbusch beim Gelsen- und Uhuweg ein kleines Nahwärmenetz mit 42 Häusern und einer städtischen Kita bestehe. Dieses sei im Wärmeplanatlas der Stadt Stuttgart nicht enthalten.</p> <p>Sie fragt ob es Pläne gebe, das bestehende Netz zu erweitern. Das Solitude-Gymnasium sei in der Nähe und andere Anwohner hätten Interessen an einer Anbindung gezeigt.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass es Gespräche mit den Stadtwerken Stuttgart gebe, die prüfen würden, ob sie das Netz übernehmen könnten. Die Planung sei im Gange, um das Netz klimaneutral zu betreiben, und könne als Ausgangspunkt für eine Erweiterung dienen. Es müsse geprüft werden, welche Investitionen notwendig seien. Er betonte, dass es sich derzeit nur um einen ersten Vorschlag handle und die Umsetzung von den Ressourcen der Stadtwerke abhängen. Die Planung werde sukzessive weiterentwickelt.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper bat darum, die Beteiligten auf dem Laufenden zu halten.</p>		auf dem Laufenden halten
15	<p><u>Thema: Machbarkeitsstudie zum Walz-Areal</u></p> <p>Der Einwohner fragt, welche Inhalte die Machbarkeitsstudie hat und wie der aktuelle Stand sei. Er möchte wissen, ob eine Bebauungsplanänderung erfolgen werde und was der Plan dort vorsehe oder ob man sich nur in einer Vorstufe einer Änderung des Flächennutzungsplans befinde.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass der Bebauungsplan derzeit nur die Nutzung als Gärtnerei zulasse. Für eine Änderung des Bebauungsplans sei eine Anpassung notwendig und eine Änderung des Flächennutzungsplans sei damit verbunden. Sobald der Plan geändert sei, könne eine Baugenehmigung beantragt werden. Die Nutzungen würden momentan geprüft, um zu</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		verstehen, was das für Investitionen bedeute und wie die Entwicklung in Bauabschnitten erfolgen könne.		
16	<u>Thema: Parksituation in der Pforzheimer Str.</u> Der Einwohner teilt mit, dass die Parkbuchten in der Pforzheimer Straße sehr gerne von Leuten genutzt werden, die in die Innenstadt wollen oder zum Flughafen. Autos stünden zum Teil 2-3 Wochen oder es werde wild geparkt. Er sei im Kontakt mit der Stadt gewesen aber man könne dort nichts machen. Wenn die Feuerwehr nicht mehr durchkomme, wäre dies nicht zu tolerieren.	Herr Bürgermeister Dr. Maier erklärte, dass das Parken in den Parkbuchten grundsätzlich erlaubt sei. Zunächst sei nicht die Frage, wer dort parke, sondern nur, dass das Parken an diesen Stellen zulässig sei. Parken in Kurvenbereichen sei jedoch nicht erlaubt. Die Verkehrsüberwachung kontrolliere sporadisch und bei problematischen Stellen werde um eine kurze Mitteilung gebeten.	X	
17	<u>Thema: Waldkindergarten</u> Der Einwohner lobt die Arbeit und die Einrichtung des Waldkindergartens. Der Standort sei nicht mit den Auflagen des Naturschutzes in Einklang zu bringen und ein Weiterbetrieb am jetzigen Standort somit nicht möglich. Er fragt, wie es möglich sei, den Betrieb dort im Wald fortzusetzen.	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte, dass man es in Sachen Natur- und Artenschutz möglicherweise übertrieben habe und dass die Auswirkungen diesbezüglich bekannt seien. Er erwähnte, dass eventuell eine partielle Nutzung des Waldes möglich sei.		X Prüfung von alternativen Standorten

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass der Wunsch nachvollziehbar sei, die Gemeinde jedoch das Gesetz des Landes umsetze. Bei manchen Gesetzen sei eine Ausnahme möglich. Das Waldheim sei für die Sommernutzung vorgesehen und für den Kindergarten sei eine dauerhafte Nutzung vorgesehen. Da es sich um ein Überschwemmungsgebiet und Landschaftsschutzgebiet handele, sei ein Ersatzstandort notwendig. Alles sei nachvollziehbar, aber es gebe keinen rechtmäßigen Weg und man suche auch nach anderen Möglichkeiten.</p> <p>Zum Molchweg führte er aus, dass man sich zusammensetzen solle, um eine dauerhafte Perspektive zu finden. Dort gebe es die baulichen Möglichkeiten für eine dauerhafte Kita und es sei ein Angebot, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen.</p> <p>Er fügte hinzu, dass die Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen bereits ausgeschöpft seien und an dieser Stelle keine weiteren Möglichkeiten bestünden.</p>		

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
18	<u>Thema: Behindertengerechte Ampel</u> Die Einwohnerin teilt mit, dass es in Weilimdorf einige Behindertenampeln gebe. Auf dem Weg zur Lindbachhalle würde jedoch eine Ampel fehlen, um behindertengerecht zur Halle zu kommen.	Herr Bürgermeister Dr. Maier erklärt, dass dies geprüft werden müsse. Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper fügt hinzu, dass die Prüfung wohlwollend erfolgen solle.		X wohlwollende Überprüfung Ampelanlagen auf Behindertengerechtigkeit
19	<u>Thema: LEA – Sicherheit im Stadtbezirk</u> Die Einwohnerin sehe durch die LEA die Sicherheit in Weilimdorf gefährdet. In ihrem Bekanntenkreis gebe es viele alleinstehende Frauen, welche sich nicht in die Stadt trauten. Es seien Unruhen zu befürchten und man habe Angst. Zudem gebe es noch keine Angaben darüber, wie viele Personen kommen werden. Es gebe die Befürchtung, dass weitere Gebäude angeboten und belegt werden.	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte sein Interesse daran, die Flüchtlingszahlen so gering wie möglich zu halten. Man sei in laufenden Gesprächen mit dem Land. Der Vertreter des Landes erklärte, dass die Prüfungen noch laufen und auch die baulichen Gegebenheiten geprüft werden müssten. Eine Benennung der genauen Platzzahl sei noch nicht möglich. Zudem würden noch Verhandlungen mit Eigentümern geführt, wobei auch das Land eine finanzielle Schmerzgrenze habe. Er betonte, dass die genannten Plätze, die baulich möglich seien, nicht zwangsläufig alle belegt werden. Es sei nicht gewünscht, irgendwann in Hallenbelegungen zu kommen. Die LEA habe eine gewisse Vorhaltefunktion für unvorhersehbare Notsituationen und solle eine Verfahrensfunktion haben. Derzeit gebe es landesweit etwa	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>6.000 Plätze, wobei man auch darauf achte, dass sich die Plätze gleichmäßig zwischen den Regierungsbezirken verteilen. Er machte deutlich, dass eine weitere Einrichtung notwendig sei, aber mehr als 2.000 Plätze werde es nicht geben. Man wolle maximal eine Belegung von 80 % erreichen, da es aktuell nicht den Luxus gebe, eine Einrichtung nur mit 40 bis 50 % zu belegen. Das mittelfristige Ziel sei es, Weilimdorf nicht schlechter zu stellen.</p> <p>Der Vertreter des Landes betonte, dass die Sorgen ernst genommen würden und man nachvollziehen könne, dass die Anliegen wichtig seien. Man wolle Kompromisse und Maßnahmen anbieten, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern und die Pflichtaufgabe zu erfüllen.</p>		
20	<p><u>Thema: Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur in den Stadtteilen Weilimdorfs</u></p> <p>Die Einwohnerin trägt vor, dass die öffentlichen Ladestellen für E-Autos mittlerweile gut ausgebaut seien. Die Verteilung der Stationen sei jedoch sehr ungleich und die Kriterien für den Ausbau seien nicht transparent. Sie fragt, wie die Weiterentwicklung aussehe.</p>	<p>Herr Bürgermeister Fuhrmann erklärte, dass er die Anliegen mitnehmen werde und die Kriterien selbst auch nicht kenne. Er bat darum, ihm die entsprechenden Informationen zukommen zu lassen.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte, dass man bei der öffentlichen</p>		<p>X</p> <p>Kriterien zukommen lassen und RM geben</p>

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		Ladeinfrastruktur sehr gut ausgestattet sei, es aber gut sein könne, dass diese ungleich verteilt sei. Er versicherte, dass man dies entsprechend überprüfen werde.		
21	<u>Thema: Kommunale Wärmeplanung in Hausen</u> Die Einwohnerin teilt mit, dass die kommunale Wärmeplanung für Stuttgart Hausen in dem alten Teil von Hausen geplant sei. Der neuere Teil sei energetisch auf einem schlechten Stand, sodass dieser Teil nicht realisierbar sei. Sie fragt, weshalb der neue Ortsteil nicht mit angeschlossen werden könne und ob in Zukunft ein Anschluss stattfinden könne.	Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass die Studie für den gesamten Stadtteil Hausen noch laufe und es sein könne, dass mehrere Bauabschnitte geplant seien, abhängig vom Wärmebedarf. Warum der Stadtteil ausgenommen wurde, sei ihm nicht bekannt. Er fügte hinzu, dass man die Daten vom statistischen Amt noch einmal überprüfen werde, um sicherzustellen, dass die Angaben stimmen. Die Untersuchung sei noch im Gange.		X
22	<u>Thema: Sorge vor Abwertung des Gewerbegebiets</u> Die Einwohnerin befürchtet, dass im Gewerbegebiet ein Domino-Effekt einsetze. Sie mache sich Sorgen um den Leerstand und die finanzielle Situation. Sie fragt, was die Stadt tue, um attraktive Bedingungen im Gewerbegebiet zu schaffen und Steuereinnahmen zu halten.	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte, dass die allgemeine Tendenz bestehe, dass große Anwaltskanzleien und Beratungsgesellschaften nicht mehr in die Außenbezirke gehen, sondern sich eher in der Innenstadt ansiedeln. Er berichtete, dass man mit Gewerbetreibenden aus dem Gebiet Mittlerer Pfad Gespräche geführt habe und versuche, auf deren Bedürfnisse einzugehen.		X Wirtschaftsförderer

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann ergänzte, dass man gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und Planern zusammenarbeiten werde, um eine Perspektive aufzuzeigen.</p> <p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass es ein kooperatives Gewerbegebietsmanagement gebe und man alles tue, damit die Firmen letztlich auf dem Gebiet von Stuttgart bleiben. Er betonte, dass am Ende die Entscheidung bei den Firmen liege.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Schahl erwähnte, dass dieses Thema auf der Agenda für die nächste Bezirksbeiratssitzung am 30.07. mit Vertretern aus der Wirtschaftsförderung stehe.</p>		
23	<p><u>Thema: Wartezeit auf Stuttgarter Behörden</u></p> <p>Der Einwohner fragt, weshalb es zu so langen Wartezeiten auf Stuttgarter Behörden wie dem Bürgerbüro oder der Ausländerbehörde komme. Wartezeiten von über zwei Stunden seien üblich. Dies sei ein unzumutbarer Zustand.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper erklärte, dass es schön wäre, wenn es so einfach wäre, eine Lösung zu finden. Er berichtete, dass man händierend nach Personal für bürgernahe Bereiche suche, wobei zum Teil über 30 % der Stellen unbesetzt seien. Besonders junge Leute seien oft nicht an Bür-</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>gerkontakt interessiert, was eine Schwierigkeit sei, um das Problem schnell zu beheben.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Maier ergänzte, dass der Markt schwierig sei und es schwerfalle, Mitarbeiter zu halten. Er führte aus, dass die Anforderungen und die Bürokratie steigen würden, das Publikum zunehmend anspruchsvoller werde und die hohe Fluktuation zu mehr Einarbeitung führe. Er betonte, dass dies ein strukturelles Problem sei, das auch bei der Ausländerbehörde mit 30 % unbesetzten Stellen und bei den Bürgerbüros mit 20 % unbesetzten Stellen sichtbar sei. Er wies darauf hin, dass dies auch in der Privatwirtschaft ein Problem wäre. Das Thema Digitalisierung sei wichtig, aber viele rechtliche Hürden erschwerten die Umsetzung. Die Bearbeitung müsse trotzdem durch Personal erfolgen. Er äußerte die Hoffnung, dass sich die Situation in absehbarer Zeit verbessern werde.</p>		

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
24	<p><u>Thema: LEA – Anzahl der Flüchtlinge</u></p> <p>Der Einwohner fragt, wie es sichergestellt werden könne, dass eine Verrechnung der Personenzahlen von neuen und bestehenden Flüchtlingen im Stadtbezirk bei Ansiedlung einer LEA erfolge. Er äußerte die Befürchtung, dass bei weiteren Leerständen weitere Gebäude belegt werden könnten. Er fragt, wie die Deckelung der Anzahl der Geflüchteten sowie die Beteiligung der Bürger sichergestellt werden könne. Der Stand der Umsetzung solle ebenfalls erläutert werden.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper äußerte, dass die Stadt als Ziel habe, die Holderäckerstraße aufzugeben. Falls der Standort LEA kommen sollte entscheide das Land, was am Standort passiert. Dies werde von dem Vertreter des Landes erklärt werden. Er versicherte, dass alles darangesetzt werde, die Zahl der Unterbrachten so gering wie möglich zu halten und die Unterbringung zeitlich zu begrenzen. Das Ergebnis der Verhandlungen werde rechtzeitig mitgeteilt. Es sei geplant, dies in einer Vereinbarung zwischen Land und Stadt zu fixieren. Das Land müsse keinen Vertrag abschließen, sondern könne auch einfach verfügen. Die konkreten Informationen werde man den Bürgern zukommen lassen.</p> <p>Der Vertreter des Landes betonte, dass sein größtes Anliegen sei, im Einvernehmen zu handeln. Er erklärte, dass die Vereinbarung sehr fair gestaltet werden solle und dass weitere Bürgerbeteiligungsverfahren stattfinden würden.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
25	<p><u>Thema: Baugenehmigungen</u></p> <p>Der Einwohner fragt, wie die Bauverfahren mit den neuen Bauvorschriften schneller und einfacher umgesetzt werden könnten. Vollständigkeitsbescheinigungen würden ausbleiben und Mängelschreiben erst nach frühestens zwei bis drei Monaten erfolgen. Dies könne so nicht weitergehen.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärte, dass der Gesetzgeber davon ausgehe, dass bearbeitungsfähige Anträge eingehen und schnell entschieden werden könnten. Eine Beratung mit Mängelschreiben, in welcher Art eine Bebauung unter anderen Umständen möglich sei, werde es bei einer schnellen Bearbeitung in diesem Umfang nicht mehr geben. Er berichtete, dass der Personalmangel groß sei, 17 % der Stellen fehlten. Mit Hilfe der Digitalisierung und ab Oktober mit dem Start einer Ausbildung im Bereich Bauverwaltung mit der dualen Hochschule Lörrach wolle man neue Mitarbeiter gewinnen. Die Vollständigkeitsprüfung solle innerhalb von 10 Kalendertagen erfolgen, eine inhaltliche Prüfung sei in dieser Zeit jedoch nicht möglich. Er führte aus, dass das Problem darin liege, dass der Prüfkanton nicht niedriger geworden sei und der Gesetzgeber davon ausgehe, dass genehmigungsfähige Bauanträge eingereicht werden, wobei es nicht im Interesse aller sei, Bauanträge abzulehnen. Auf die Nachbarbeteiligung sei verzichtet worden, was aus seiner Sicht nicht gelungen sei.</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper ergänzte, dass das Ziel sei, mit 17 Maßnahmen die Bearbeitungsdauer nach Vorlage aller relevanter Unterlagen auf 65 Tage pro Fall zu reduzieren und die Dauer des Bebauungsplanverfahrens von durchschnittlich über 5 Jahren durch weitere 17 Maßnahmen im Durchschnitt auf 3½ Jahre zu verkürzen. Es sei ein umfangreicher Maßnahmenkatalog geplant. Zudem wolle man bei größeren Projekten Eingangsgespräche führen, um darzulegen, welche Unterlagen notwendig seien. Ziel sei es, die Koordination und die Ansprechpartner im Rahmen des Baurechtsverfahrens für die Bürger transparenter und schneller zu gestalten.		
26	<u>Thema: Leerstand von Gewerbegebäuden</u> Der Einwohner schlägt vor, das man prüft in den leerstehenden Gebäuden im Industriegebiet Baubehörden unterzubringen. Dies könne zu beschleunigten Verfahren beitragen.	Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper dankt für den Hinweis.	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
27	<p><u>Thema: Digitalisierung von Bürgerbüros</u></p> <p>Die Einwohnerin weist darauf hin, dass immer noch Papiernummern gezogen werden müssen. Sie fragt, weshalb keine Online-Terminvergabe erfolgen könne in Weilimdorf.</p>	<p>Herr Erster Bürgermeister Dr. Mayer antwortet, dass ein Systemwechsel auf ein Online-Terminvergabesystem im letzten Quartal dieses Jahres geplant sei. Dies ändere jedoch zunächst nichts an den Kapazitäten. Es könne sein, dass man auch auf Online-Termine warten müsse.</p>	X	
28	<p><u>Thema: Drogensituation am Gäublick Spielplatz und Lärm- und Müllbelästigung</u></p> <p>Der Einwohner merkt an, dass in öffentliche Plätze und Spielplätze viel Geld und Energie gesteckt wurde. Hierfür sei er dankbar. Er frage sich ob die Haltestellen der Stadt oder der SSB gehörten und teilt mit, dass diese zum Teil verwahrlosen und lediglich für die Europameisterschaft hergerichtet wurden. Zudem teilte er mit, er habe versucht das Problem vor Ort zu lösen, dass täglich Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen Tüten mit Drogen auf Spielplätze platzierten und abholten. Die Problematik bestehe bereits seit längerer Zeit. Von Seiten der Polizei sei ein schnelles Eingreifen nicht möglich, da der Weilimdorfer Posten nachts nicht besetzt sei und die Polizei aus Feuerbach nicht schnell genug vor Ort sei sowie die örtlichen Begebenheiten nicht genau kennen würden.</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Maier betonte, dass strafbare Handlungen der Polizei gemeldet werden müssten und dass sich dies in Zukunft bessern müsse. Er hob hervor, dass regelmäßige Meldungen erforderlich seien und die Polizei diesen Vorfällen auch nachgehen sollte.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Schahl ergänzte, dass man im engen Austausch mit der Polizei stehe, diese Themen in den Jour-Fix-Treffen bespreche und auch mit der Mobilen Jugendarbeit im Gespräch sei.</p> <p>Herr Bürgermeister Thürnau fügt hinzu, dass man sich die Thematik mit dem Schnitt der Hecken anschauen könne.</p>		X BV

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	<p>Man versuche nachts die Ruhe herzustellen und die Verursacher anzusprechen. Dies funktioniere bei manchen Gruppen und bei anderen nicht. Er fragt nach einer zeitnahen Rückantwort und der Bearbeitung sowie nach einem Ansprechpartner. Er lobte die gute und schnelle Arbeit der AWS. Die Hecken des Spielplatzes sollen weiter zurückgeschnitten werden, damit keine Verstecke für Drogen entstehen können.</p>			
29	<p><u>Thema: Mensa am Solitude-Gymnasium</u></p> <p>Der Einwohner fragt, wie es bei der Erneuerung der Mensa am Solitude-Gymnasium weitergehe. Es bestehe ein dringender Handlungsbedarf.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper erklärte, dass bauliche Verbesserungen angestrebt werden.</p> <p>Frau Bürgermeisterin Fezer betonte die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und berichtete, dass geplant sei, den kleinen Pavillon so umzubauen, dass er weitere Unterrichtsräume aufnehmen könne. Dafür sei auch eine neue Mensa erforderlich, wobei jedoch kein exakter Zeitplan genannt werden könne. Der Bezirksbeirat werde stets auf dem Laufenden gehalten, ebenso die Schule selbst.</p>		<p>X</p> <p>Zeitplanung über BV nach- liefern</p>

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
		<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper sagt zu, den aktuellen Zeitplan über den Bezirksvorsteher nachzuliefern.</p> <p>Herr Bürgermeister Fuhrmann fügte hinzu, dass die Haushaltsmittel vorhanden seien und derzeit in den Budgetgesprächen geprüft würden.</p>		
30	<p><u>Thema: Anschluss von Hausen an die „U-Bahn“</u></p> <p>Der Einwohner fragt, ab wann der aktuell geplanten U-Bahn-Anschluss in Hausen in Betrieb gehe.</p>	<p>Herr Dr. Christiani teilt mit, dass das Projekt sich derzeit im Genehmigungsverfahren befinde.</p> <p>Wenn Zuschüsse bewilligt werden, werde im Jahr 2027 mit dem Bau begonnen. Voraussichtlich könnten die Bahnen bis 2030 bis Hausen und 2031 bis Ditzingen fahren.</p>	X	
31	<p><u>Thema: Erhalt des Gemeindehauses Salvator</u></p> <p>Der Einwohner appelliert an den Erhalt von besonderem Gebäude im Giebel, explizit dem Gemeindehaus der katholischen Gemeinde Salvator. Die Kirche sei denkmalgeschützt und das Gemeindehaus habe eine besondere Architektur durch den Einfluss der Salvatorianer. Aus finanziellen Gründen könne die Gemeinde allein nicht beide Gebäude finanzieren.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper erklärte, dass das Gebäude bekannt sei, aber die Stadt auch finanziell an ihre Grenzen komme. Er betonte, dass man die Unterstützung genau prüfen müsse, da die Haushaltslage ebenfalls dramatisch sei.</p> <p>Herr Bürgermeister Pätzold wies darauf hin, dass die Kirche unter Denkmalschutz stehe,</p>	X	

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
	Er bittet darum, im Prozess der Standortentwicklung, eine Mitnutzungen zu diskutieren und er werde auf die Stadt diesbezüglich zugehen. Er fragt ob der Wert der Immobilie bekannt sei und in wie weit Kooperationen möglich seien.	<p>der Gemeindesaal jedoch nicht. Das Gebäude sei ein bezirksprägendes Bauwerk und im Falle eines Verkaufs könne man gegen einen Abriss nichts unternehmen. Dennoch sei es wahrscheinlich, dass das Gebäude nicht verkauft werde.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Schahl erwähnte, dass man im engen Austausch sei und dass die Gemeinde Salvator zunächst eine eigene Entscheidung zu dem Gebäude treffen müsse.</p>		

Stuttgart, 30.07.2025

Theiß
Schriftführer